

Liebe Leserinnen und Leser,

Zentralafrika ist seit Jahrzehnten ein Förder-
schwerpunkt der kirchlichen Hilfswerke und
gleichzeitig eine permanente Krisenregion. Der
Genozid und Krieg in Rwanda 1994, die darauf-
folgende Flüchtlingskrise, der Bürgerkrieg in
Burundi, sowie Niedergang, Staatszerfall und
zwei Kriege in der DR Kongo charakterisieren
die Region seit Anfang der neunziger Jahre.
Kriegerische Auseinandersetzungen haben im
Ostkongo in den letzten Monaten wieder stark
zugenommen und zu Flüchtlingsströmen,
Menschenrechtsverletzungen, Verge-
wältigungen und Morden geführt - trotz der
erfolgreichen Wahlen im vergangenen Jahr.

Wie die Situation in der DR Kongo zeigt, reichen
die klassischen Instrumente der Entwick-
lungshilfe nicht aus, um die Probleme im Süden anzu-
gehen. Wichtig ist es, den Opfern bei uns eine
Stimme zu geben und sich sowohl gegenüber
politischen Entscheidungsträgern als auch in
der Öffentlichkeit für die nötigen Ver-
änderungen einzusetzen.

Um die deutsche Politik gegenüber dem Gebiet
der Großen Seen in Afrika wirksam zu beeinflus-
sen, haben kirchliche Werke in Deutschland im
Jahre 2002 das Ökumenische Netz
Zentralafrika (ÖNZ) gegründet. Das ÖNZ wird
getragen von Misereor, Brot für die Welt,
Vereinte Evangelische Mission, Pax Christi und
dem Menschenrechtsreferat des Diakonischen
Werkes. Das ÖNZ hat sein Koordinierungsbüro
in Berlin.

Mit dem neuen Jahr wollen wir unseren Einsatz
für die Region der Großen Seen in Afrika ver-
stärken und Sie regelmäßig mittels eines news-
letters über aktuelle Geschehnisse in der Region
informieren. Wir wünschen Ihnen eine spannen-
de Lektüre, ein gesegnetes Weihnachtsfest und
ein friedvolles neues Jahr!

Dr. Karin Müller (Koordinatorin des ÖNZ)

DIE DR KONGO - EIN JAHR NACH DEN WAHLEN

Positionspapier ÖNZ (24. Oktober 2007)

Vor einem Jahr fanden in der Demokratischen
Republik Kongo die ersten demokratischen
Wahlen statt. Die gleichzeitige EU-
Präsidentschaft und den G8 Vorsitz Deutschlands
nahm das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ)
seinerzeit zum Anlass, in seinem Positionspapier
auf notwendiges Engagement auf verschiedenen
Gebieten der Entwicklungszusammenarbeit, bei
der Menschenrechtspolitik und vor allem auf
einen nachhaltigen Politikansatz von Seiten der
internationalen Gemeinschaft hinzuweisen. Die
deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist Ende Juni
zuende gegangen, im selben Monat hat das
Treffen der G8-Staaten ebenfalls unter deutscher
Präsidentschaft in Heiligendamm stattgefunden.
Welche Bilanz lässt sich im Anschluss daran für
die Demokratische Republik Kongo ziehen?

AKTUELL

Nach zehn Jahren bewaffneter Aus-
einandersetzungen und eines "afrikanischen
Weltkrieges", der im Jahr 2003 endete, stellte die
Übergangsphase eine neue Hoffnung für die
Stabilisierung der Demokratischen Republik
Kongo (DRK) dar. Am 6. Dezember 2006 trat
Joseph Kabila, nach einem historischen Wahl-
vorgang, als erster demokratischer Präsident sein
Amt an. Am 25. Februar 2007 stellte die
Regierung ihr Programm vor. Im August trafen
sich die Verteidigungsminister von Uganda,
Ruanda, DRK und Burundi in Kigali, um über die
Sicherheitslage in der Region, besonders die
FDLR-Frage zu sprechen.

Der Wille, die Probleme im Ostkongo gemeinsam
zu lösen, wurde deklariert. Die militärischen
Auseinandersetzungen sind jedoch nach wie vor
nicht beendet. In der westlichen Provinz Bas-
Congo töteten Armee (Forces Armées de la
République Démocratique du Congo - FARDC)
und Polizei Ende Januar über 100 Demonstranten
bei der Niederschlagung von Protesten gegen eine

umstrittene Gouverneurswahl. In Kinshasa gab es im März massive militärische Auseinandersetzungen zwischen den Regierungstruppen und den Soldaten des ehemaligen Vize-Präsidenten und Oppositionsführers Jean Pierre Bemba. Dabei kamen 300 Menschen ums Leben. Die kongolesische Bevölkerung leidet immer noch unter der andauernden Präsenz der bewaffneten ruandischen FDLR-Milizen in ihrem Land.

Zudem kommt es in Nord-Kivu immer wieder zu Konfrontationen zwischen der FARDC und den Truppen des abtrünnigen Armeegeneral und Tutsi-Rebellenführers Laurent Nkunda. Weder die FARDC noch die UN-Truppe MONUC ist in der Lage, die Bevölkerung zu schützen, bzw. Konflikte zu verhindern. Kämpfe zwischen den Mai-Mai, den Banyamulenge und den FARDC setzen sich fort. Der neue Krieg in Nordkivu hat über 163.000 Menschen in die Flucht getrieben. Alleine Nord-Kivu zählt nunmehr 750.000 Vertriebene bei rund fünf Millionen Einwohnern. Frauen werden immer wieder Opfer von bestialischer sexueller Gewalt. Die Rekrutierung von Kindersoldaten hat wieder zugenommen. Die Situation ist äußerst angespannt.

Gerade auch weil die FDLR aufgrund des Chaos auf kongolesischer Seite ihre territoriale Kontrolle ausweiten konnte. Zugleich festigte Nkunda seine Kontrolle über die von ihm gehaltenen Gebiete. Das bedeutet eine weitere Schwächung der ohnehin rudimentären staatlichen Strukturen in der Region.

Es wird vermutet, dass Nkunda von Ruanda unterstützt wird. Man geht davon aus, dass - sollte Nkunda ausgeschaltet werden - schnell ein Ersatz für ihn gefunden werden würde. Daher scheint eine militärische Lösung nicht der richtige Ansatz zu sein. Vielmehr besteht eine große Notwendigkeit des politischen Dialogs zwischen den Beteiligten Parteien der beiden Nachbarländer. Das Gerücht, dass die FARDC gemeinsam mit der FDLR gegen Nkunda vorgeht, verschärft die Sicherheitslage weiter. Sollte dies der Fall sein, könnte sich Ruanda ermutigt fühlen, Truppen zur von Nkunda und zum Schutz der Tutsi in den Kongo zu schicken.

In ähnlicher Konstellation begann auch der letzte Krieg im Kongo. Die Bevölkerung, die große Hoffnung darauf gesetzt hat, dass eine demokra-

tisch legitimierte Regierung Frieden und Stabilität bringt, zeigt sich mehr und mehr enttäuscht. Fortschritte werden immer dringender.

Den vollständigen Text finden Sie unter:

<http://www.oenz.de/downloads/önzpublicstatement2007-10.pdf>

weitere Informationen: Dr. Karin Müller
office@oenz.de

ROHSTOFFEXPORTE AUS DEM KONGO JA - ABER UM GOTTES WILLEN NUR IM DIENSTE DES FRIEDENS!

Eine Stellungnahme der Kommission "Solidarität mit Zentralafrika" (4. Mai 2007)

Der direkte Zusammenhang von mafiösen Rohstoffexporten und Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo ist unbestritten. Seit den späten 1990er Jahren sind mehrere Berichte erschienen, u.a. von einer Arbeitsgruppe des UN-Sicherheitsrats, die die Mechanismen der Kriegsökonomie und die beteiligten Firmen und Personen zum Teil detailliert aufführen. Auch im Kongo selbst ist mit dem Lutundula-Bericht ein ausführliches Dossier im Auftrag des Parlaments erstellt worden, in dem die Verwicklung nationaler und internationaler Akteure offen gelegt wird.

Wenn die DR Kongo den Übergang vom Krieg zum Frieden schaffen will, muss der gesamte Rohstoffsektor neu geordnet werden - eine Forderung, die immer wieder auch von kongolesischen Nichtregierungsorganisationen auf den Tisch gebracht wird. Auch pax christi und das Ökumenische Netz Zentralafrika haben seit Jahren mehrfach mit Briefen und Erklärungen auf den internationalen Handlungsbedarf für die Umwandlung der Kriegs- in eine Friedensökonomie hingewiesen. In ihrem Kabinettsbeschluss zur deutschen G8-Präsidentschaft hat die Bundesregierung eine "Initiative zur Zertifizierung von Rohstoffen aus Konfliktregionen" angekündigt, "um einen Beitrag zu friedlicher Entwicklung auch in rohstoffreichen Krisenregionen zu leisten". Das bedeutet, vom Abbau zum Verkauf auf dem Weltmarkt und bis zum Endverbraucher in den Industrieländern werden überprüfbare Bedingungen geschaffen,

damit Gewinne an wertschöpfende Unternehmen, Angestellte und an den steuernden Staat gehen und nicht in dubiosen Kanälen von warlords verschwinden.

Die UN-Berichte sprechen im Zusammenhang mit der DR Kongo vom "illegalen Abbau von Rohstoffen". Sowohl warlords als auch Personen in Parlament und Regierung sind darin verwickelt. Dubiose Konzessionsvergaben für den Abbau von Rohstoffen durch internationale Akteure, die ganz offensichtlich zum Schaden von Staat und der kongolesischen Bevölkerung sind, müssen daher völlig neu ausgehandelt werden. Deutsche Investoren spielen im Kongo eine wichtige Rolle. Seriöse Investoren machen deutlich, dass ihnen im Interesse der Investitionssicherheit durchaus an transparenten Marktbedingungen ohne Schmiergeldzahlungen gelegen ist.

Der Frieden im Kongo ist von neuem gefährdet. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung während der G8 Präsidentschaft nutzen, um den Handlungsbedarf im Rohstoffsektor mit politischem Handeln aufzufüllen. Die rasche Einsetzung von Mechanismen zur Zertifizierung von Rohstoffen ist dafür ein gangbarer Weg, der schon längst hätte besritten werden müssen. Der Kimberley-Prozess zur Vermeidung des Handels mit "Blutdiamanten" kann als Vorbild für die Zertifizierung auch von Rohstoffen wie etwa Coltan gelten.

Anstelle von ad-hoc Embargos, wie von den Vereinten Nationen bei akuten menschenrechtlichen Krisen wie in Kambodscha oder in Liberia ausgesprochen, müssen längerfristig angelegte Politikansätze wirksam werden. Die Beauftragung einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie zur Rohstoffzertifizierung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist erfreulich, kann aber die notwendigen politischen Entscheidungen für die Einrichtung von Rohstoffzertifizierungsagenturen nicht ersetzen. Die Weichen müssen so rasch wie möglich gestellt werden, nicht nur für eine Friedensökonomie in der DR Kongo, sondern auch im Hinblick auf andere Krisenherde, die mit dem Rohstoffexport befeuert werden.

PAX CHRISTI KONSULTATION IN ZENTRALAFRIKA BEENDET

Deklaration und Aktionsplan 2007-2010 in Kigali verabschiedet

Reinhard Voß, Pax Christi Deutschland

Mit einer Schlusssitzung unter Leitung von PCI-Vizepräsident Erzbischof Monsengwo aus Kisangani (DR Kongo) und der designierten PCI-Generalsekretärin Claudette Werleigh (Haiti/Schweden) ging die 4. Regionalkonsultation von Pax Christi Große Seen (17.-22.2.2007) zu Ende. Die Teilnehmenden aus Ruanda, Burundi, DR Kongo und Europa reisten mit dem Gefühl wieder ab, eine gute Basis für die Friedensarbeit der nächsten Jahre gelegt zu haben.

In der Überschrift der bei dieser Gelegenheit verabschiedeten "Deklaration von Kigali" heißt es: "Die Region der Grossen Seen engagiert sich für Demokratie und Frieden mit dem Ziel einer dauerhaften Entwicklung". Sie beginnt mit einer aktuellen Analyse der politischen und gesellschaftlichen Lage in den drei Ländern mit positivem Grundton und unterstützt den "Pakt über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen", der am 15.12.2006 unter UN-Regie von elf Staatschefs der Region geschlossen wurde und nach Ansicht der Delegierten bald ratifiziert werden sollte.

Die Vertreter von mehreren Dutzend Nichtregierungsorganisationen aus dem Umfeld des pax christi-Netzwerks Große Seen versprechen in ihrer Erklärung, "die Werte der Gerechtigkeit und des Friedens, der Wahrheit und Liebe, der Verzeihung und Versöhnung" zu verbreiten. Dem soll der ebenfalls verabschiedete Aktionsplan 2007-2010 dienen. Sie wenden sich mit entsprechend konkreten Forderungen an die Regierungen, politischen Parteien, die Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft. Von letzterer fordern sie "die internen Prozesse der Demokratisierung und die wirksame Umsetzung des Stabilitätspaktes zu begleiten: auf die Umsetzung von Mechanismen der Frühwarnsysteme und schnellen Reaktion zu achten, die im Stabilitätspakt vorgesehen sind, und die finanzielle und technische Unterstützung der Friedens- und Entwicklungsanstrengungen in der Region fortzusetzen".

Weitere Informationen:

Pax christi (deutsche Sektion)

www.paxchristi.de

Darüber hinaus wird die Situation in der Region als relativ hoffnungsvoll beschrieben im Hinblick auf Demokratisierungs- und Versöhnungschancen sowie die regionale Stabilität. Diese kann aufbauen auf einem internationalen Stabilitätspakt, der zwischen den Ländern ganz Zentralafrikas vor kurzem unter UN-Regie zustande kam. Die Teilnehmenden sind sich aber auch der ungeheuren Probleme aller drei Länder beim Aufbau von Wirtschaft, Demokratie, Rechtssystem, Sicherheitskräften und der Reintegration von Flüchtlingen sowie früherer Milizen bewusst.

PCI und das Netzwerk Grosse Seen fordern und erhoffen sich deshalb von den Regierungen Anstrengungen in Richtung Frieden und Stabilität, Demokratie und gute Regierungsführung, regionale Integration sowie im sozialen und humanitären Bereich.

Ein Aktionsplan 2007-2010 wurde im Laufe der Konsultation erarbeitet, der u.a. folgende Schwerpunkte für die Arbeit von Pax Christi in der Region setzt: Politische und staatsbürgerliche

Herr, vergib Schuld

- zeige denen, die keine Skrupel vor Raub und Korruption haben, den Weg zum wahren Glück
- stärke die Stimme des Gewissens bei uns allen
- mach Gerechtigkeit erkennbar, wenn Menschen vor den Abgründen des Unrechts stehen und verzweifeln

Herr, bitte schweige nicht

- sage uns hier im Norden, wie die natürlichen Reichtümer alle bereichern können
- sage uns, wie wir einig in Liebe werden mit allen, überall
- sage uns, wie wir richtig solidarisch werden können

Herr, hilf

- schenke Trost denen, die nicht zu trösten sind
- hilf den vielen geschändeten Frauen, gib ihnen verlorene Würde zurück
- hilf den zerstörten Kinderexistenzen weg von Waffen, Drogen, Kriminalität

Herr, tu was

- erwecke prophetische Stimmen, die Ursachen von Ausbeutung und Krieg furchtlos zu benennen wissen
- steh denen bei, die Elend und Leid verursachen
- hilf uns allen, die Schuld für Krieg und Gewalt nicht immer auf andere zu schieben

Herr, komm bald

- lass die Einsamen in Elend und Krieg nicht allein in ihren ausweglos erscheinenden Konflikten
- gedenke der toten Opfer von Elend, Unrecht und Krieg
- schick' Feuer vom Himmel und verbrenn' alles, was im Elend festhält, verwandle alles, schnell

Bildungsarbeit, Versöhnungsanstrengungen und Friedensaufbau, Hilfen bei der Demobilisierung und Wiedereingliederung, Friedenserziehung und Engagement für die Menschenrechte sowie insbesondere auch die Gleichstellung von Frauen. Getragen wird der Aktionsplan von mehreren Deutzend Pax - Christi Gruppen und befreundeten Organisationen.

Der vollständige Text der Erklärung kann in französischer Sprache unter www.paxchristi.net (Dokument AF.06.F.07) herunter geladen werden

GEMEINSAME LOBBYTOUR

NROs aus der DR Kongo besuchen auf Einladung von urgewald Berlin

Knut Vöcking, urgewald

Die Wiederaufbauprogramme der Weltbank sollten nach Amtsübernahme der Übergangsregierung den Menschen in der DR Kongo den Weg in den Frieden und eine nachhaltige Entwicklung ebnen. Mit Geldern und Beratung der Weltbank wurden ein neues Forstgesetz und ein neues Bergbaugesetz in Kraft gesetzt. Allerdings gibt es nach Ansicht von NROs im Kongo und ihren Partnern in den USA und Europa gravierende Mängel in den Weltbankprogrammen und ihrer Implementierung. Dies führt dazu, dass Umwelt zerstört, die Natur- und Bodenschätze weiterhin ohne gerechte Verträge ausgebeutet und Menschenrechte verletzt werden.

So wurde z.B. bei der Erarbeitung des Forstprogramms die Existenz der Pygmäen völlig außer Acht gelassen. Das neue Bergbaugesetz und die Privatisierung des staatlichen Bergbaukonzerns führte zu unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Zudem sind Bedrohungen und willkürliche Inhaftierungen von NRO-Aktivisten an der Tagesordnung.

urgewald hat deshalb mit finanzieller Unterstützung des Diakonischen Werks ein Projekt gestartet, um Entscheidungsträgern in Deutschland vor Augen zu führen, was die Weltbank mit deutscher Beteiligung und Zustimmung anrichtet. Gemeinsam mit Partnern in der DR Kongo (ACIDH in Lubumbashi zum Bergbausektor, sowie UEFA und DIPY für den Forstsektor) wurden Positionspapiere erarbeitet. Ende Juni kamen dann Carole Lumbu (ACIDH) und Adolphine

Muley nach Deutschland, um gemeinsam mit Knud Vöcking von urgewald eine umfangreiche Lobbytour zu unternehmen.

In der ersten Woche wurden Gespräche mit dem BMZ in Bonn, mit Parlamentarierinnen von CDU/CSU, SPD, Grünen und Linkspartei geführt, Kontakte zu deutschen NROs wie z.B. dem ÖNZ oder dem Bonner Zentrum für Konversion, sowie der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung geknüpft. Das Anliegen der Kolleginnen aus dem Kongo wurde überall mit Interesse angehört. Alle Parlamentarier versprachen, sich des Themas anzunehmen und baten um weitergehende Informationen. In der zweiten Woche ging es dann nach Rom, wo man u.a. mit der stellvertretenden Außenministerin zusammen traf. Von Rom

ging es weiter nach Den Haag zu einer Podiumsdiskussion mit einem Weltbankvertreter. Anschließend fuhr die Gruppe nach Brüssel. Dort gab es Gespräche im europäischen Parlament, mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und dem belgischen Außenministerium. Alles in allem wird von urgewald und den kongolesischen NROs die Lobbyreise als sehr erfolgreich eingeschätzt. Derzeit richten sich die gemeinsamen Aktivitäten auf die Revision der Bergbauverträge und die Reaktion der Weltbank auf den Bericht ihrer Beschwerdestelle zum Forstprogramm.

Weitere Informationen: Knud Vöcking
knud@urgewald.de

AKTUELLES AUS DER REGION

Ruanda

2008 endete das Mandat des Internationalen Strafgerichtshofes in Arusha/Tansania für Ruanda. Dies hat den Druck weiter erhöht Genozidverdächtige aus Kanada, Belgien, Frankreich usw. an den Internationalen Strafgerichtshof oder direkt nach Ruanda. Amnesty International hingegen bemängelt die Rechtmäßigkeit des Justizsystems in Ruanda und rät deswegen von Auslieferungen ab. Die Abschaffung der Todesstrafe in Ruanda am 8. Juni räumt eins der Haupthindernisse weg, Genozidverdächtige nach Ruanda zu überführen. Der Ex-Kommandeur von UNAMIR, Roméo Dallaire, forderte die kanadische Regierung auf, Leon Mugesara, der einer der Verantwortlichen der Konzipierung des Genozides gewesen sei, nach Ruanda zurückzuführen. Auch in Deutschland leben immer noch Kriegsverbrecher aus Ruanda. Im September wurde Augustin Ndirakobuca festgenommen und sitzt nun in Auslieferungshaft. Andere Verbrecher leben hingegen unbehelligt in Deutschland, trotz der offiziellen Suchliste der UN. Um die Zahl der Gefangenen in den Gefängnissen zu reduzieren, hatte die Regierung als Strafmethod die gemeinnützige Arbeit eingeführt. Kürzlich ließ die nationale Gacaca-Abteilung verkünden, dass zum Zeitpunkt des 31. Mai bereits 108 507 Fälle der ihnen überlassenen 108 732 erledigt worden seien. In den letzten Monaten kam es immer wie-

der zu Auseinandersetzungen zwischen der ruandesischen Regierung und der unabhängigen Presse in Ruanda. Die Regierung bezichtigte die Presse mit "negativen Kräften" (negative forces) zusammenzuarbeiten. Beweis konnte sie nicht anbringen. Hingegen rechtfertigte sie damit die Unterdrückung der Pressefreiheit mit dem Verweis darauf, welche Rolle die Presse im Zusammenhang mit dem Genozid im Jahre 1994 gespielt habe.

Burundi

Nachdem die Regierungspartei CNDD-FDD im Februar die Mehrheit im Parlament verlor, befand sich das Land in einer institutionellen Krise, die das Regieren für den Präsident schwierig machte. Nach langen Verhandlungen, wurde die Regierung am 14. November neu organisiert. Die Wahl des Vize-Präsidenten, eine Woche zuvor, wurde erstmals unter verschlossener Stimmabgabe durchgeführt. Eine neue Regierung mit Mitglieder der Opposition wurde gebildet: 15 Mitglieder kommen aus der Regierungspartei CNDD-FDD, sechs aus der Oppositionspartei FRODEBU und drei aus der anderen Oppositionspartei UPRONA. Hinzu kommen zwei weitere Vertreter, die keiner Partei angehören. Die neue Regierung besteht aus 26 Personen darunter acht Frauen. Der Verfassung entsprechend besteht die Regierung auch weiterhin zu 60% Hutus und 40% Tutsis.

Nach viermonatigen Verhandlungen unterzeichnete Agathon Rwaso im Namen der letzten noch

kämpfenden Splittergruppe der Forces Nationales de Libération (FNL, Nationale Kräfte der Befreiung) am 7. September ein Friedensabkommen mit der Regierung Burundis. Während der Verhandlungen führte die FNL (Rwasa) wiederholt Kämpfe gegen die burundische Armee. Dennoch kehrten zunehmend Flüchtlinge aus Ruanda, Tansania und der Demokratischen Republik Kongo nach Burundi zurück, was zu Streitigkeiten über Landbesitz zwischen den Rückkehrern und denen, die sich in der Zwischenzeit dort angesiedelt hatten, führte. Ein Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen scheint aufgrund des erzielten Konsens und der umfangreichen Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme unwahrscheinlich. Es entsteht jedoch neues Konfliktpotential in zweierlei Hinsicht: Auf der einen Seite verschärfen sich die Probleme der Landknappheit sowie der ungeklärten Landfragen und eine Lösung dieser Probleme ist nicht in Sicht. Auf der anderen Seite können die bisher unbegründeten Verhaftungen namhafter Oppositionspolitiker sowie das Nicht-Aufklären von Menschenrechtsverletzungen das Vertrauen in die noch junge Demokratie nachhaltig stören.

Die Organisation International Centre for Transitional Justice (ICTJ) veranstaltete in Burundi vom 19.-21. Oktober eine Tagung, um auf die Notwendigkeit und Bedeutung von TJ Mechanismen in Burundi hinzuweisen. Die Commission Verite et Reconciliation und das Tribunal spécial setzen sich verstärkt für die Anerkennung von TJ-Mechanismen in Burundi ein.

Region

Die Regierungen Kongos und Ruandas einigten sich bei einem dreitägigen Treffen in Kenias Hauptstadt Nairobi auf ein koordiniertes Vorgehen gegen die im Ostkongo operierenden ruandischen Hutu-Milizen und auch gegen die Rebellen des Tutsi-Generals Laurent Nkunda sowie alle anderen bewaffneten Gruppen in der Region. Initiiert wurde das Treffen von einem Vermittler aus den USA. Die am 9. November 2007 unterzeichnete Erklärung der beiden Regierungen, die außerdem von Diplomaten der EU, UNO und USA paraphiert wurde, stellt klar, dass "Frieden und Sicherheit im Kongo und in der Region der Großen Seen nur zu erreichen ist, wenn die Bedrohung durch aus- und inländische

bewaffnete Gruppen im Kongo und ihre politisch-militärischen Organisationen beendet wird".

Seit Anfang Dezember fährt die kongolesische Armee unterstützt durch die Monuc einen aggressiven militärischen Kampfeinsatz gegen die Rebellen. Am 4. Dezember traf sich die Tripartite plus Gruppe zu einem Gipfel in Äthiopien, bei dem US-Außenministerin Condoleezza Rice mit den Präsidenten Kongos, Ugandas, Ruandas und Burundis zusammentreffen wollte. Kongos Präsident Joseph Kabila kam aber nicht, und konkrete Ergebnisse gab es auch nicht. "Wir haben uns verpflichtet, weiterhin nach Lösungen zu suchen", sagte Ruandas Präsident Paul Kagame.

Aus Berlin

Durch die Eskalation der Auseinandersetzungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo stockt das Auswärtige Amt im November erneut seine humanitäre Hilfe für die Opfer des Konfliktes um 470.000 Euro auf: Dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz wurden 200.000 Euro für Hilfs- und Schutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Die deutsche Diakonie Katastrophenhilfe erhält zirka 270.000 Euro. Die unterstützten Hilfsmaßnahmen berücksichtigen insbesondere die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, die im Ostkongo vor allem unter sexueller Gewalt leiden. Heidemarie Wieczorek-Zeul hat den kongolesischen Staatspräsidenten Joseph Kabila am 8. September 2007 eindringlich aufgefordert, endlich für ein Ende der Gewalt im Osten seines Landes zu sorgen. Beim Informellen Treffen der Entwicklungsministerinnen und -minister unter portugiesischer Präsidentschaft wurde auf Initiative von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul in einer gemeinsamen Erklärung die Gewalt insbesondere gegen Frauen im Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo scharf verurteilt. In diesem Zusammenhang hatte Hartwig Fischer (MdB/CDU) Frau Christine Schuler-Deschryver, eine GTZ-Mitarbeiterin aus dem Kongo, nach Deutschland eingeladen, um im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestags zu sprechen.

NEUE REPORTE ÜBER DIE REGION

Legitimation allein durch Entwicklung? Das Beispiel Ruanda

von Alexander Stroh, GIGA

In Ruanda soll 2008 zum zweiten Mal nach dem Genozid (1994) ein Teil des Parlaments gewählt werden. Eine Debatte um die Bedeutung der Qualität dieser Wahlen für die weitere Entwicklungszusammenarbeit ist noch nicht erkennbar. Obgleich sich global ein allgemeiner Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklungszuwendungen etabliert hat, wird die autokratische Herrschaft in Ruanda von Geberseite akzeptiert. Das Land erhält gegenwärtig so viel Entwicklungshilfe wie nie zuvor in Friedenszeiten. Die Regierung in Kigali profitiert von einer Kritikscheu aufgrund des internationalen Nichteingreifens im Genozid sowie seiner betont kooperativen und entwicklungsorientierten Haltung. Die Wahlen von 2003 haben nur eine demokratische Fassade geschaffen, die zur Legitimierung der autokratischen Machtstrukturen beigetragen hat. Nur eine intensive internationale Begleitung der Wahlen 2008 und ein kritischer Umgang mit den Ergebnissen können einen kleinen Schritt in Richtung Demokratie bewirken. An einem hohen Wahlsieg der regierenden Ruandischen Patriotischen Front (RPF) besteht kein Zweifel. Die Wahlen werden keine substanziellen Veränderungen der Regierungsführung zur Folge haben. Die Regierung wird weiterhin versuchen, sozioökonomische Entwicklungserfolge in Legitimation und äußere Unterstützung umzumünzen.

Das vollständige Dokument kann heruntergeladen werden unter:

http://www.gigahamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_0711.pdf

Congo: Bringing Peace to North Kivu

Der neue Bericht von der International Crisis Group zur aktuellen Situation im Ostkongo.

<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5134&l=1>

Der am 31. Oktober veröffentlichte Bericht des ICG beschreibt die Situation im Kivu und hier vor allem die Fehler im kongolesischen Friedensprozess hinsichtlich der Integration der unterschiedlichen Milizgruppen in die staatliche Armee und dem Prozess des Transitional Justice.

Thematisiert werden auch der illegale Rohstoffabbau durch die Milizen. An den Bericht schließen sich Empfehlungen an die kongolesische Regierung an.

Burundi: Finalizing Peace with the FNL

Bericht vom August 2007 von der International al Crisis Group zur politischen Lage in Burundi
<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5034&l=1>

Burundi verzeichnet, so der Bericht der ICG auf deutliche Fortschritte hinsichtlich einer demokratischen Entwicklung. Verwiesen wird hier auf das Streben der Zivilgesellschaft nach Frieden und der Interaktion der internationalen Gemeinschaft.

DRC: Torture and killings by state security agents still endemic

DRK: Folterungen und Morde durch Sicherheitsbeamte der Regierung bleiben nach wie vor "endemisch"

<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGAFR620122007?open&of=ENG-COD>

Am 25. Oktober legte Amnesty International (AI) einen neuen Bericht vor. Fokussiert wird hier auf die Rolle der "Direction des Renseignements Généraux et Service Spéciaux de la police" (DRGS) und der "Garde républicaine", die republikanische Garde, die unter der Kontrolle des Präsidenten Joseph Kabila steht. Vor dem Hintergrund der Situation in der DRK, der Darstellung der Polizei, der Armee und den Geheimdiensten fordert AI von der kongolesischen Regierung dafür Sorge zu tragen, dass der Missbrauch von Menschenrechten durch die Sicherheitsbeamten verurteilt wird, damit ein Vertrauen in diese Organe hergestellt werden kann.

Renewed Crisis in North Kivu

Erneute Krise in Nord Kivu

<http://hrw.org/doc/?t=africa&c=congo>

Der Bericht von Human Rights Watch von Oktober 2007 beschreibt, wie Laurent Nkunda dank "mixage" seine Macht in Nord-Kivu erweitern konnte und wie er seine Truppen mit Kindersoldaten verstärkt. Viele Zeugenaussagen berichten von Verstößen gegen die Menschenrechte durch die kongolesische Armee, der FDLR

Diamond Industry: Annual Review, Democratic Republic of the Congo 2007

Jährlicher Bericht über die Diamantenindustrie in der DRK

http://www.pacweb.org/e/images/stories/documents/drc_annual%20review_2007-eng.pdf

Der Bericht von Partnership Africa Canada und CENADEP gibt Aufschluss über die Bergbaurichtlinien in der DRK. Er beschreibt die konkrete Situation vor Ort wie bspw. die Ausbeutung der Bergmänner durch die direkte Autorität der "chefs traditionnels" und des öffentlichen Dienstes. Der CEEC (Centre d'évaluation, d'expertise et de certification) dessen Hauptziel die Auswertung des Exportes von Diamanten ist, konnte bis jetzt keinen Einfluss auf eine Kontrolle des Schmuggels gewinnen. Auch die Arbeit des SAESSACAM (Service d'assistance et d'encadrement du Small Scale Mining) zur Unterstützung der Bergmänner, blieb bisher ohne Erfolg. Formuliert werden Empfehlungen an die kongolesische Regierung in Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit dem CENADEP, einer Organisation innerhalb der kongolesischen Zivilgesellschaft.

Impressum:

Ökumenisches Netz Zentralafrika
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

fon: +30/48 62 5700
fax: +30/44 35 1989
office@oenz.de

Redaktion: Dr. Karin Müller, Veronika Springmann

v.i.S.d.P.: Dr. Karin Müller

Zentralafrika aktuell erscheint 6x jährlich. Ein kostenloses Abo kann per Formular auf unserer website bestellt werden. Die Inhalte des Newsletters geben die Meinung der Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder der Partnerorganisationen.